



## **ERKLÄRUNG UND FORDERUNGEN**

### **des 24. Landesbauernverbandstages**

#### **7. März 2013 in Bernburg**

---

Leistungsfähige, marktorientierte und wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe bilden die Grundlage einer gesicherten Ernährung der Gesellschaft, einer angemessenen Beteiligung an der Energiewende, einer nachhaltigen Rohstoffproduktion und einer attraktiven Kulturlandschaft.

Eine übergreifende Zusammenarbeit in der gesamten Produktionskette stellt wirtschaftlich und politisch einen wichtigen Faktor dar, um der Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft die ihr gebührende Wertschätzung im täglichen Leben, bei politischen Entscheidungen und im Rahmen von Verwaltungshandeln zu erarbeiten.

Die weiter wachsende Weltbevölkerung und die parallel wachsende Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln sowie nach veredelten Lebensmitteln sorgen für Wachstumsmärkte in Dritt- und Entwicklungsländern vor allem in Osteuropa, Asien und Afrika. Die Herausforderungen des Umstiegs in Erneuerbare Energien, Klimaschutz und Ressourcenschutz machen eine nachhaltige Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich.

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nimmt durch ihre Gesetzgebung maßgeblich Einfluss auf die landwirtschaftliche Praxis. Die anstehende Reform der GAP, die Neuwahl des Bundestages und politisches Handeln auf Landes- und Gemeindeebene sorgen im Berufsstand für schwierige Orientierung in der mittel- und langfristigen Planung der Betriebsentwicklung. Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt will auch in Zukunft als zuverlässiger Partner der gesamten Wirtschaft ihren Beitrag mit stabilen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum leisten. Gerade am Gunststandort Sachsen-Anhalt mit gut ausgebildeten Landwirten, erfolgreichen und innovativen Partnern im vor- und nachgelagerten Bereich braucht die heimische Landwirtschaft einen zuverlässigen politischen Rahmen sowie einen fairen und ideologiefreien Dialog.

Der Bauernverband als berufsständische Organisation aller Bauern und Landwirte unabhängig von Größe und Rechtsform vertritt deren Interessen, führt den notwendigen gesellschaftlichen Dialog und wirkt aktiv an der Gestaltung der Rahmenbedingungen mit. Die Mitglieder des Bauernverbandes verrichten ihre tägliche Arbeit auf der Basis der guten fachlichen Praxis und im Rahmen von Gesetzen und Verordnungen. Vorsätzliche Gesetzesverstöße und kriminelle Handlungen werden vom Bauernverband verurteilt.

## Unsere wichtigsten Forderungen:

### **I. Der Boden – Grundlage der Landwirtschaft**

***Die Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die Erhaltung und Mehrung der Bodenfruchtbarkeit ist Grundanliegen nachhaltiger Landwirtschaft.***

Wir fordern

- die Gewährleistung einer effizienten Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Grundlage der Regeln der guten landwirtschaftlichen Praxis und unter Nutzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- den Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch ein Bundesgesetz und die drastische Absenkung des Flächenverbrauchs auf mindestens die Hälfte der derzeitigen Beanspruchung.
- dass mit der Bundeskompensationsverordnung ein wirksamer Beitrag zur Begrenzung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen für den Naturschutz zu leisten ist. Bisherige Tendenzen, noch mehr Fläche zu benötigen, sind aufzugeben.
- bei der Ausweisung von NATURA 2000, Biosphärenreservaten, FFH- und Schutzgebieten die Belange der Landwirtschaft und gewerblichen Wirtschaft stärker als bisher zu berücksichtigen und die Betroffenen stärker in die Planungsarbeiten einzubeziehen.
- die Privatisierung von Boden aus dem öffentlichen Bestand von BVVG und Landgesellschaft zur Vermeidung zusätzlicher Preisanreize vorrangig über Direktverkäufe und beschränkte Ausschreibungen durchzuführen. Durch langfristige Verpachtungen ist der Bodenmarkt zu entlasten. Der Verkaufsdruck ist sowohl bei der BVVG als auch bei der Landgesellschaft abzumildern.  
Ein zusätzlicher An Schub der Preisbildung durch Ausschreibungsverfahren wird strikt abgelehnt. Eine Neujustierung des Grundstücksverkehrsgesetzes muss preisdämpfende Elemente enthalten.  
Die Forderungen unserer Interessengemeinschaft Boden werden ausdrücklich unterstützt, insbesondere die Einhaltung des Koalitionsvertrages.
- Ziel der Bodenpolitik muss die Erhaltung des Bodeneigentums in Verantwortung ortsansässiger, aktiver Landwirte und traditioneller Bodeneigentümer in den ländlichen Räumen sein. Den großflächigen Erwerb von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Fondsgesellschaften und Kapitalanleger lehnen wir ab.
- die Gewährleistung eines ausreichenden Wasserabflusses aus der Fläche durch eine ordnungsgemäße Wasserregulierung über Gewässerpflege und Ausbau unter Beteiligung des Landes. Dazu gehören zukünftig auch Maßnahmen der Wasserrückhaltung durch Stausysteme und der Bewässerung. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie darf dem nicht entgegenstehen.  
Beim LHW ist ein Gremium zur Mitsprache der Landwirtschaft einzurichten, wenn die Landwirtschaft Kosten der Unterhaltung von Gewässern I. Ordnung tragen soll.

## **II. Die Märkte – Grundlage der Wertschöpfung**

Wir fordern

- politische Rahmenbedingungen, die eine weitere Ausgestaltung echter Marktbeziehungen zwischen Produzent und Verarbeitung sowie zwischen Nahrungsmittelgewerbe und Handel befördern. Landwirte müssen an der Wertschöpfungskette gleichberechtigt teilhaben können. Die Bildung von Erzeugerorganisationen nach dem Agrarmarktstrukturgesetz und deren Förderung soll die Marktposition der landwirtschaftlichen Betriebe stärken.
- von der Politik Unterstützung bei der Erschließung von Exportmärkten und die Gestaltung von stabilen Rahmenabkommen mit Ländern außerhalb der EU. Weiterhin erwarten wir Unterstützung bei der Platzierung regionaler Marken und der Organisation regionaler Kreisläufe.
- die Instrumente der Marktsteuerung - wie Intervention und Lagerhaltung - sollten, wenn notwendig schnell und flexibel zur Anwendung kommen, zur Stabilisierung von Märkten und der Vorratshaltung genutzt werden und auch langfristig die Marktinteressen von Landwirten berücksichtigen.
- vorausschauende stabile politische Rahmenbedingungen für die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien. Bei der Fortschreibung des EEG sollten unter Wahrung des Bestandsschutzes nur offensichtliche Fehlentwicklungen korrigiert werden. Unternehmen mit Tierhaltung müssen über das EEG weiter gestärkt werden. Für Biokraftstoffe ist eine dauerhafte steuerliche Entlastung notwendig. Der Güllebonus für Biogasanlagen muss unbedingt erhalten bleiben. Gülle darf nach Verwertung in einer Biogasanlage nicht zu Abfall werden.

## **III. Die Rahmenbedingungen – Unterstützung der nachhaltigen Wertschöpfung**

Wir fordern

- die Einführung der Möglichkeit einer steuerfreien Rücklage zum Risikoausgleich sowie Sonderabschreibungen auf Immobilien.
- die weitere stabile finanzielle Begleitung der landwirtschaftlichen Sozialsysteme durch den Bund, auch unter den Bedingungen des Bundesträgers SVLFG.
- die Harmonisierung von Steuern, Abgaben und Rahmenbedingungen innerhalb der europäischen Landwirtschaft, insbesondere bei den Energiesteuern.
- die Förderung benachteiligter Gebiete durch eine Ausgleichszulage von 9 Millionen Euro und die weitgehende Sicherung der bisherigen Gebietskulisse auf Basis der Gemarkung auch bei Anwendung neuer EU-einheitlicher Kriterien.
- die Unterstützung der Landwirtschaft durch die Politik in der gesellschaftlichen Diskussion um Tierhaltung und Produktionsverfahren. Eine weitere Verschärfung des Genehmigungsverfahrens über das Baugesetzbuch wird abgelehnt.
- eine weitere Beteiligung des Landes an den Kosten der Tierkörperbeseitigung über die Tierseuchenkasse.

- die Wahrnehmung staatlicher Verantwortung zur Gewährleistung von Sicherheit in der Nahrungs- und Futtermittelproduktion sowie zur Förderung von Tierzucht und Leistungskontrolle.
- die Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel durch das Land zur Ausschöpfung der bereitgestellten EU- und Bundesmittel.
- die Förderung von Investitionen in Tierhaltungsbereiche auch unter den neuen Bedingungen der GAK und die Abschaffung der Prosperitätsgrenzen.
- verstärktes und gebündeltes Wirken aller an der Berufsausbildung Beteiligten für die Sicherung eines qualifizierten Berufsnachwuchses. Insbesondere muss es in der berufsschulischen Ausbildung einen deutlichen Qualitätssprung geben und die überbetriebliche Ausbildungsstätte in Iden muss weiter modernisiert werden.
- die Ausbildungsreife von Schulabgängern als Vorbereitung auf die Berufsausbildung deutlich zu verbessern. Die großen Traditionen einer qualifizierten Universitäts-, Hoch- und Fachschulausbildung müssen in Halle, Bernburg und Haldensleben langfristig gesichert werden.

## **GAP 2014 - 2020**

Die Einigung zum Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) ist Grundlage für die Fortführung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Der insgesamt eingekürzte Haushalt der EU für die nächsten sieben Jahre bringt auch Kürzungen für den Agrarhaushalt. Das bewährte Zwei-Säulen-Modell wird fortgeführt, soll aber mit neuen Elementen ausgestattet werden.

Wir fordern

- die Bewahrung der Wettbewerbsgleichheit bei notwendigen Angleichungen der Zahlungen zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Keine Umverteilung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule.
- bei der Ausgestaltung der Greeningmaßnahmen auf eine erzwungene Flächenstilllegung zu verzichten.
- keine Kappung oder Degression zuzulassen. Das Prinzip der einheitlichen Flächenprämie ist mit einer Kappung oder Degression unvereinbar.
- umsetzbare und zweckmäßige Programme in der Zweiten Säule einschließlich der Finanzierung von Ausgleichsmaßnahmen in benachteiligten Gebieten und für erhöhte Aufwendungen in FFH-, Natura 2000- und Naturschutzgebieten.
- die Fortführung von Investitionsprogrammen insbesondere für die Tierhaltung.

Zahlungen an die Landwirte im Rahmen der GAP sind keine Geschenke an die Landwirtschaft, sondern Basis niedriger und stabiler Lebensmittelpreise und Ausgleich für hohe und höchste Standards im Umwelt-, Klima-, Tier- und Artenschutz sowie für höchste Sozialstandards.

07. März 2013